

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint täglich nachm. 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Bei Abholung im Geschäftslokal und den Ausgabestellen 2 Mk. im Voraus, bei Zustellung durch die Post 2,50 Mk., bei Postbestellung 3 Mk. wöchentlich. Abnehmer außerhalb des Bezugsgebietes sind verpflichtet, die Postgebühren zu zahlen. Die Wilsdruffer Tageszeitung ist ein Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend. Die Wilsdruffer Tageszeitung ist ein Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend. Die Wilsdruffer Tageszeitung ist ein Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend.

Einzelheftpreis: Die halbjährliche Nummer 20 Groschen, die 4 gelbdruckte Seiten der amtlichen Bekanntmachungen 40 Groschen, die 2 gelbdruckte Seiten der amtlichen Bekanntmachungen 20 Groschen. Nachzahlungsgebühr 20 Groschen. Die Wilsdruffer Tageszeitung ist ein Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend. Die Wilsdruffer Tageszeitung ist ein Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend. Die Wilsdruffer Tageszeitung ist ein Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend.

Nr 96 — 85. Jahrgang. Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden Postfach: Dresden 2640 Sonnabend, 24 April 1926

Ein Jahr Reichspräsident.

Hindenburg vom 26. April 1925 bis heute.
Man kann ganz schlicht, ganz ruhig und sachlich bleiben, wenn es gilt, der ersten Wiederkehr des Tages zu gedenken, an dem des deutschen Volkes Stimme den Führer des Weltkrieges an die Spitze des Reiches berief. Die Unglücksprophezen von damals sind längst verstummt, wie auch diejenigen, die den „Retter“, den sie zum Reichspräsidenten erheben wollten, wohl für besondere Zwecke in Aussicht genommen hatten. Gelassen, in aller seiner menschlichen und dienlichen Würde, hat Hindenburg in diesem ersten Jahre seines Amtes gewaltet, nicht achtend der übertriebenen Lobhudeleien auf der einen, nicht zuweilen noch recht feindseligen Sprache früherer Gegner auf der anderen Seite. Er ist den Weg des Rechts und der Gerechtigkeit, der Milde und der Weisheit gegangen und hat mit großem Tatgefühl stets die rechte Mitte zu halten verstanden zwischen den überlieferungen älterer ihm teuren Zeit und den so sehr veränderten Anforderungen und Anschauungen der Gegenwart. Er wird, je länger er die höchste Würde des Reiches repräsentiert, um so besser vom Volke verstanden werden.
Freilich, das Amt, das er zu verwalten hat, ist eine Wirkungskammer der Enttäuschung. Das hat sein Vorgänger, der erste Präsident der Deutschen Republik, ein Mann von lebhaftem Temperament und reich bewegter politischer Vergangenheit, noch verhältnismäßig jung an Jahren, gewiß oft genug bitter schwer empfunden. Aber er hat sich, nicht nur durch seinen Eid, auch durch Einsicht und Verstand vor allen Verführungen gefeit, gewissenhaft an die Grenzen der von ihm selbst mitgeschaffenen Verantwortung gehalten und hat in sturmbewegten Tagen die Einheit des Reiches gewahrt. Hindenburg hat, bevor er sich dazu entschloß, die ihm angebotene Präsidentschaftsandidatur anzunehmen, seinen Zweifel darüber geäußert, daß er sich weder von ungezügelter Latenz noch gar von irgendwelchem politischen Ehrgeiz besetzt fühlte. Er wollte dem Vaterland ein neues, vielleicht das größte Opfer darbringen, indem er nun auch noch seinen Lebensabend hingab, obwohl er das biblische Alter bereits überschritten hatte, und indem er, ein Monarchist ohne Titel, aus der Hand des neuen Staates ein Amt übernahm, das ihn zu ganz besonderer republikanischer Verantwortlichkeit nötigte. Hindenburg wollte dem deutschen Volk ein Beispiel geben, ein Beispiel der Einigkeit, der Treue, der Versöhnung. Der Erfolg hat gezeigt, daß dieser Wille nicht umsonst über uns gewaltet.

Denken nicht ganz umsonst. Von wenigen, politisch nicht ins Gewicht fallenden Ausnahmen abgesehen, ist der zweite Reichspräsident von allen Seiten stets mit dem Respekt behandelt worden, der ihm seinen Verdiensten wie seiner heutigen Stellung nach gebührt, und wo er auch hingekommen ist in Deutschland während dieses Jahres, nach Leipzig, nach München, nach Köln, überall war er der Mittelpunkt begeisterter Stimmungen, herzlicher Kundgebungen. Wenn es in der inneren Politik auch unter Hindenburg Konflikte anderer Art gegeben hat, an ihm hat es gewiß nicht gelegen, daß sie unvermeidlich wurden. Nur in einem einzigen Fall hat er als Reichspräsident gegen Beschlüsse der übrigen verfassungsmäßigen Faktoren unserer Gesetzgebung Einspruch erheben müssen. Die neuen Strafgesetze und die neuen Bestimmungen in der Reichswehr mußten einer Revision unterzogen werden, da sie, so wie sie aus den Beratungen des Reichstages hervorgegangen waren, die Unterschrift des Reichspräsidenten nicht fanden. Dabei standen ihm selbstverständlich verfassungsmäßige Ermächtigungen zur Seite, gegen deren Anwendung in diesem Falle auch nicht die geringste Beschwerde möglich war. In der auswärtigen Politik dagegen ist Hindenburg den Locarnoweg, der schon besprochen war, als er sein Amt übernahm, bis nach Genf mitgegangen, obwohl gewiß auch hier Bedenken nicht fern lagen. In dieser Frage ganz besonders hat Hindenburgs Beispiel einen beruhigenden Einfluß geübt, zum mindesten auf Ton und Masse der Opposition, die geleistet wurde — und das will in dem zerstückelten Deutschland von heute immerhin schon etwas besagen.
Das deutsche Volk dankt am heutigen Tage seinem ersten Reichspräsidenten von ganzem Herzen für die Opfer, die er in diesem Jahre dem Vaterlande gebracht hat. Unser aller Aufgabe bleibt es, uns eines Vorbildes wert und würdig zu erweisen!
Dr. Sv.

Dr. Luthers Einigungsverhandlungen.

Das Entgegenkommen für Preußen.
Die Besprechungen, die Reichsminister Dr. Luther nach den aufsehenerregenden Vorgängen im Rechtsausschuß des Reichstages mit den Regierungsparteien aufgenommen hat, um einen Ausweg aus der Krise zu finden, sind am Freitag fortgesetzt worden, nachdem sie am vorhergehenden Tage ergebnislos abgebrochen werden mußten. In diesen Besprechungen nahmen auch der preussische Ministerpräsident Braun, der preussische Finanzminister Dr. Söbber, Aschoff sowie Reichsjustizminister

240 Millionen Mark Ausfuhrüberschuß

Der deutsche Export im Steigen.

Verdoppelter Ausfuhrüberschuß im März.
Nach Mitteilung des Statistischen Reichsamtes hat der deutsche Außenhandel im Monat März einen Ausfuhrüberschuß von 240 Millionen Reichsmark aufzuweisen. Im reinen Warenverkehr ist die Außenhandelsbilanz im Monat März mit 278 Millionen aktiv gegen 121 Millionen im Februar und 88 Millionen im Januar dieses Jahres. Von besonderer Bedeutung ist die Tatsache, daß sich bei einem Rückgang der Einfuhr an Fertigfabrikaten um rund 11 Millionen die Ausfuhr fertiger Produkte um rund 122 Millionen gehoben hat. Daran sind beteiligt die Textilfertigerwaren mit 32,4 Millionen, Eisenwaren mit 18,8 Millionen und Maschinen mit 12,3 Millionen. Ferner weisen alle anderen Gegenstände, vor allem Farben, Papier, Kupferwaren, Leder, Schuhwerk, sowie Glas und Glaswaren eine erhöhte Ausfuhrziffer auf. Die Einfuhr an Lebensmitteln und Getränken weist im März gegenüber dem Vormonat eine Abnahme um 7 Millionen auf. Zurückergegangen ist unter anderem die Einfuhr an Weizen, Fischen, Kaffee, Fleisch und Obst. Zunahmen zeigen dagegen Butter, Süßfrüchte und Käse.
In Berliner Großbankkreisen wird die Besserung des deutschen Außenhandels als ein erfreuliches Symptom zur Besserung der wirtschaftlichen Lage gewertet. Dieser Erfolg wird auf die billigere Preisstellung der deutschen Industrie und des deutschen Exporthandels zurückgeführt, die unbedingt notwendig waren, damit Deutschland auf dem Weltmarkt der Konkurrenz gegenüber wieder mit Erfolg arbeiten kann. Im eigentlichen Exporthandel ist man allerdings etwas zurückhaltender mit dem Optimismus. Das Anwachsen des deutschen Exportes im März wird vor allem auf die auf der Leipziger Frühjahrsmesse getätigten Abschlüsse zurückgeführt. Im übrigen wird in diesen Kreisen darauf hingewiesen, daß das Ausland vielfach Anläufe bei Not- und Ausverkaufsläufen kollidierender Industrien in Deutschland vorgenommen hat.
Wie dem auch sei, es ist erfreulich, festzustellen, daß Deutschland, wenn auch langsam, auf dem Weltmarkt wieder konkurrenzfähig wird, und daß es ihm in zäher Arbeit gelinnet, die durch Krieg und Inflation zusammengebrochene Wirtschaft Stückweise wieder aufzubauen. Sollte

dieser Ausfuhrüberschuß weitergehen, so wird sich dies auch bald auf den Arbeitsmarkt auswirken, und die vielen Tausende, die jetzt vergeblich Arbeit und Brot suchen, werden wieder einer ständigen Beschäftigung zugeführt werden können.

„Die Vereinigten slawischen Staaten“

Prag, 23. April. Die Libove Novomy meldet aus Warschau ernsthafte Bestrebungen der dortigen politischen Kreise, eine Einigung der Tschechoslowakei mit Polen herbeizuführen, und auf diese Weise einen Block der slawischen Staaten vorzubereiten, die sich gegenseitig ihren Besitzstand und damit auch Europa die Früchte der Friedensverträge sichern würden. Im Zusammenhang mit Frankreich, Rumänien und Italien solle ein Gegengewicht gegen das deutsch-russische Bündnis geschaffen werden.

v. Hoelch Mitglied der Völkerbundkommission.

Ausschick in Paris.

Berlin 23. April. Wie wir hören, hat die Reichsregierung den deutschen Botschafter in Paris, Herrn von Hoelch, zum Vertreter Deutschlands in der Kommission zur Prüfung der Frage einer Umgestaltung des Völkerbundes ernannt. Die Kommission tritt am 10. Mai d. J. in Genf zusammen.

Paris, 24. April. Die Nachricht, daß der deutsche Botschafter von Hoelch Deutschland in der Studienkommission des Völkerbundes vertreten wird, ruft hier großes Aufsehen hervor. Sie kam völlig unerwartet.

Ab el Krim zum Abzug aus Marokko bereit?

Paris, 23. April. Die politische Wochenschrift „Aux sources“ meldet, daß die Entfernung Abd el Krim aus dem Rifgebiet bereits grundsätzlich geregelt sei. Der Generalgouverneur von Marokko Steeg habe nach längeren Verhandlungen mit der Regierung durch Vertrauenspersonen Abd el Krim ein Angebot für die Zahlung von 50 Millionen Pfund nach einem Ausbruch aus dem Rifgebiet unterbreiten lassen. Abd el Krim sei auf dieses Anerbieten eingegangen.

treten soll. Diesem Vorschlag ist eine ausführliche Begründung beigegeben, die alle die Argumente enthält, die bereits die erste amtliche Regierungserklärung in dieser Angelegenheit brachte. Ausdrücklich wird bemerkt, daß das vorgeschlagene Gesetz auf die Regelung der Auseinandersetzung der Länder mit den ehemals regierenden Fürstentümern und damit auch auf den bereits laufenden Volkenscheid keine Anwendung finden kann.

Der Sparerbund wendet sich mit einer Zuschrift an die Öffentlichkeit, in dem er bespricht, daß das von ihm gewünschte Aufwertungsbegehren den Haushaltsplan oder die Abgabengesetze betrifft, wie dies von der Reichsregierung behauptet wird. Der Sparerbund bestreitet auch entschieden, daß Kreditwirtschaft und Währung durch das Volksbegehren erschüttert würden. Im Gegenteil würde die Kaufkraft der Massen gesteigert und insbesondere die Kaufkraft der Sparer und Gläubiger gehoben werden. Ebenso erscheine es bedenklich, die Person des Reichspräsidenten erneut in den Kampf hineinzuziehen, was durch den Regierungsentwurf unweigerlich geschehen würde.

Frankreichs auswärtige Politik.

Erklärungen Briands in der Französischen Kammer.

Bei der Kammerberatung über das Budget der auswärtigen Angelegenheiten sagte Ministerpräsident Briand in Verantwortung der Ausführungen eines sozialistischen Abgeordneten, er hoffe, daß die Angelegenheit der ungarischen Banknotenfälschungen von den ungarischen Behörden in befriedigender Weise geahndet werde, anderenfalls Frankreich die Angelegenheit einem internationalen Schiedsgericht unterbreiten würde.

Auf die französische Politik gegenüber Italien eingehend, betonte er, daß Frankreich die besten Beziehungen mit Italien unterhalte, und nicht den Fehler begehen werde, anderen Völkern über die Art, wie sie sich regieren müßten, Vorschriften zu machen. Zwischen Italien und Frankreich gebe es keine unüberwindlichen Interessengegensätze. Briand schloß mit der Erklärung, daß er an die Möglichkeit der Zusammenarbeit zwischen Frankreich und Italien auch in der Zukunft glaube.

Hierauf interpellierte der sozialistische Abgeordnete Spinasse über den Verlauf der letzten Völkerbundtagung, die allgemeine Enttäuschung und zum Teil sogar Befürchtungen hervorgerufen habe. Briand erwiderte: Ich bin sicher, daß die Völkerbundversammlung

März teil. Die Besprechungen waren zwar streng geheim, doch verlautet in politischen Kreisen, daß eine Einigung mit Preußen wegen des Fürstentumskompromissentwurfes erzielt worden ist. Diese Einigung soll im wesentlichen auf folgenden Punkten beruhen:

Die Herrschaft Schwedisch-Wildensbrunn verbleibt dem Hohenzollernhaus. Dem Staate Preußen werden die Museen usw. entschädigungslos zugesprochen. Der Preussische Staat erhält ein Rückkaufsrecht auf diejenigen Güter, die das Hohenzollernhaus, wie z. B. Kominten, Springe usw., früher einmal billig erworben hat. Bei der Wiederaufstellung von Einzelurteilen soll nicht mehr eine Zweidrittelmehrheit des Sondergerichts, sondern nur noch eine einfache Mehrheit, also fünf statt sechs Stimmen, notwendig sein.

Von den Regierungsparteien sind außerdem Verhandlungen mit den Deutschen und den Sozialdemokraten ausgenommen worden, um neue Grundlagen für die Verhandlungen im Rechtsausschuß zu suchen. Die für Freitag nachmittag angeordnete Sitzung des Ausschusses mußte abgesagt werden, da die Verhandlungen bis zu diesem Zeitpunkt noch in der Schwebe waren. Statt dessen trat der Ausschuß in den Abendstunden zusammen, um über den weiteren Geschäftsgang und die weitere Behandlung des Kompromissentwurfes zu beraten. Jedenfalls sah man in politischen Kreisen die Lage am Freitag bedeutend günstiger an als am Tage zuvor, so daß von einer Regierungsober oder einer Reichstagskrise nicht mehr die Rede war.

Beschränkung des Volkenscheides.

Sparerbund und Aufwertungsfrage.

Der von der Reichsregierung angekündigte Entwurf eines zweiten Gesetzes über den Volkenscheid, zu dem der von dem Sparerbund und der Reichsarbeitsgemeinschaft der Aufwertungsgefährdeten und Mieterorganisation geplante Volkenscheid über eine neue Aufwertung Anstoß gegeben hat, ist jetzt der Öffentlichkeit mitgeteilt worden. Der Artikel I dieses Gesetzes sieht vor, daß als Gesetz im Sinne des Gesetzes über den Volkenscheid auch alle Fragen gelten sollen, die die Folgen der Geldentwertung regeln. Der Artikel II bestimmt, daß über ein Gesetz zur Änderung oder Aufhebung dieses Gesetzes nur der Reichspräsident einen Volkenscheid veranlassen kann. Der Artikel III bestimmt, daß das Gesetz mit dem auf die Verkündung folgenden Tag in Kraft